



73. Jahrgang / November 2000

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

- | | |
|--|--|
| 54. <i>Verweigerung der Erstattung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke – letzte Informationen</i> | 59. <i>Verarbeitung von spezifiziertem Risikomaterial in Kompostier- und Biogasanlagen</i> |
| 55. <i>Ersitzung von Wegservituten durch die Gemeinde</i> | 60. <i>Förderung von Städtepartnerschaften 2001</i> |
| 56. <i>Wann ist eine Berufunf rechtzeitig?</i> | <i>Mitteilung der Gemeinde Terfens</i> |
| 57. <i>Zum Devolutionsantrag im Abgabeverfahren</i> | <i>Verbraucherpreisindex für September 2000</i> |
| 58. <i>Werbeabgabengesetz 2000</i> | <i>(vorläufiges Ergebnis)</i> |

54.

Verweigerung der Erstattung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke – letzte Informationen

Beim Verfassungsgerichtshof sind derzeit zwei Beschwerden (davon eine einen Tiroler Fall betreffend) anhängig. Beim Verwaltungsgerichtshof sind ebenfalls zwei Beschwerden, die eine zu Zl. 2000/16/0640 und die andere zu 2000/16/0646 protokolliert. Geht es beim Verfassungsgerichtshof um die Frage der Verfassungsmäßigkeit der auf 1995 zurückwirkenden Verweigerung der Erstattung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke, so geht es beim

Verwaltungsgerichtshof um die Frage der Überwälzung als solcher. Es ist anzunehmen, dass der Verwaltungsgerichtshof die Frage der Überwälzung noch an den Europäischen Gerichtshof herantragen wird. Die Gemeinden werden eingeladen, Berufungsverfahren, in denen es um die Frage der Überwälzung geht, im Grunde des § 212 der Tiroler Gemeindeordnung unter Hinweis auf die zitierten Verwaltungsgerichtshofverfahren auszusetzen.

55.

Ersitzung von Wegservituten durch die Gemeinde

Wieder einmal hat der Oberste Gerichtshof (10 Ob 144/99w) in der Frage der Ersitzung von Wegrechten für die Allgemeinheit zu Gunsten einer (steirischen) Gemeinde entschieden.

Grundsätzlich ist unstrittig, dass eine Gemeinde ebenso wie Private in der Lage ist, Wegdienstbarkeiten zu ersitzen. Während aber bei Privaten für die Ersitzung von Rechten an unbeweglichen Sachen (Wegerechte, sonstige Grunddienstbarkeiten, Eigentum) vom Gesetz lediglich Redlichkeit und Echtheit des Ersitzenden und der erforderliche Zeitablauf (30 Jahre) gefordert wird, hat der OGH in einer Entscheidung (SZ 54/154) geäußert, dass es für die Ersitzung eines als unregelmäßige Servitut zu qualifizierenden Wegrechtes zu Gunsten einer Gemeinde auch erforderlich ist, dass die Wegverbindung eine gewisse Notwendigkeit aufweist.

Dieses zusätzliche Erfordernis wird damit begründet, dass unregelmäßige Servituten normalerweise an eine physische Person gebunden und damit zeitlich begrenzt seien, während die Ersitzung zugunsten einer Gemeinde in der Regel zu einer Dauerbelastung führe (RZ 1957, 104) und durch die Ersitzung eines unregelmäßigen Wegrechtes zugunsten einer Gemeinde eine besondere Belastung durch die große Anzahl der Benützer verbunden sei, die sonst bei einer unregelmäßigen Dienstbarkeit fehle.

In einer weiteren Entscheidung hat der OGH diese Notwendigkeit näher definiert als „nicht geradezu die Unentbehrlichkeit des Wegrechtes, sondern ein bloß für die ganze betroffene Bevölkerung bestehendes Erfordernis“.

Diese wirtschaftliche oder kulturelle Notwendigkeit ist etwa zu bejahen bei Kindergarten-, Schul-, Kirch-

wegen, wenn der Weg für die Freizeitgestaltung von Ortsbewohnern und Touristen dient oder wenn mit den Wegerechten Erholungswirkungen für diese Personen verbunden sind.

Die geforderte Notwendigkeit muss aber einen über eine bloße (nur wenige Personen betreffende) Bequemlichkeit oder Wegabkürzungen hinausreichenden allgemeinen Vorteil darstellen.

Für Gemeinden mit bedeutendem Fremdenverkehr reicht als Erfordernis bereits der Bedarf nach geeigneten Wanderwegen in ausreichender Zahl, und zwar in der Form, wie wenn es sich um einen öffentlichen Weg handelt.

Auch wenn im § 33 Abs. 5 des Forstgesetzes ausdrücklich festgeschrieben steht, dass durch die bloße Benützung des Waldes zu Erholungszwecken keine Ersitzung im Sinne der §§ 1452 ff ABGB eintritt, ist auch die Ersitzung von Wegerechten an Waldgrundstücken zulässig. Da dieses „Ersitzungsverbot“ des Forstgesetzes nach Lehre und Rechtsprechung nicht die Wege-rechte an sich umfasst.

Problematisch wird die Frage über das Bestehen oder Nichtbestehen von Wegerechten für die Gemeinden bzw. für „jedermann“ meist aber dann, wenn ein bislang allgemein genutzter Durchgang oder Weg von den jeweiligen Grundeigentümern versperrt wird.

Einmal ersessene Grunddienstbarkeiten bestehen grundsätzlich unbeschränkt solange weiter, als sie genutzt werden. Ebenso wie sie ersessen werden können, so können Wegerechte aber auch verjähren. Dafür bedarf es – im Gegensatz zur Ersitzung – in der Regel aber nur einer kurzen dreijährigen Verjährungsfrist.

Für den Verlust einer Wegdienstbarkeit genügt es, dass durch Beeinträchtigungen die ungehinderte Benützung des Weges auf gewöhnliche und allgemeine Art unmöglich wird. Der Verlust des Rechtes, das auf ein Dulden gerichtet ist, tritt durch die Widersetzlichkeit des zur Duldung Verpflichteten dann ein, wenn es der Rechtsbesitzer bei den Widersetzlichkeiten bewenden lässt und nicht binnen drei Jahren die Erhaltung des Weges einklagt.

Tritt dieser Fall ein, so kann allerdings nicht der einzelne Nutzer ein allgemeines Wegerecht geltend machen, sondern wird dieser „Jedermann“ durch die jeweilige Gemeinde vertreten.

Es ist somit auch die Aufgabe (und meist auch das Interesse) der Gemeinde, bei Beeinträchtigung von allgemeinen Wegerechten die notwendigen Schritte zur Sicherung dieser Rechte zu setzen.

Dabei ist festzuhalten, dass nicht jede Beeinträchtigung von Wegerechten bereits eine allfällige Verjährungsfrist in Gang setzt. So reicht etwa das Übermalen von Wegmarkierungen allein nicht aus, während hingegen die Errichtung von Verbotsschildern, Absperrungen, Schranken oder gar Zäunen jedenfalls als wahrzunehmende und eine Gegenreaktion erfordernde Beeinträchtigung gilt.

Wie der OGH in der Entscheidung 2 Ob 512/94 ausführt, ist zum Erwerb einer Wegservitut durch die Gemeinde auch kein darauf gerichteter Gemeinderatsbeschluss erforderlich: Die Gemeinde erwerbe die Servitut durch deren Ausübung seitens der Gemeindeangehörigen und des Touristenpublikums, wobei eine besondere Absicht, das Wegerecht für die Gemeinde zu ersitzen, bei diesen nicht erforderlich ist. Besitz sei die bloße Erscheinung der Zugehörigkeit einer Sache oder eines Rechtes zu einer bestimmten Person, so dass die vom Gegner unwidersprochene Vornahme der zu duldenen Handlung mit dem ersichtlichen Willen, dadurch ein Recht auszuüben, genüge. Mindestens im Tatsächlichen könne der Besitz auch unbestrittenermaßen durch Vertreter ausgeübt werden. Für das Zustandekommen und die Äußerung des Besitzwillens sei aber auch keine bestimmte Form vorgesehen. Es bestehe kein Zweifel, dass der Besitzwille einer Gemeinde gemäß § 863 Abs. 2 ABGB auch schlüssig erklärt werden könne. Darüberhinaus werde er ganz allgemein vermutet, wenn Handlungen gesetzt werden, die einer Rechtsausübung entsprächen. Sei nun das Verhalten nicht nur einzelner Gemeindebewohner, sondern aller nach der räumlichen Nähe in Betracht kommenden Personen offenkundig auf die Benützung eines Weges zum allgemeinen Vorteil gerichtet, so sei einerseits die Signalwirkung dieser allgemeinen Benützung des Weges für den Belasteten unübersehbar und andererseits im Zweifel, also bis zum Beweis des Gegenteils, ebenso leicht erkennbar, dass die Gemeinde als Träger des Interesses für das Wohl der Gemeindeangehörigen einen durch diese vermittelten Besitz auch ausüben und erhalten wolle. Ein Gemeinderatsbeschluss sei nicht erforderlich. Einem dennoch gefassten solchen Beschluss komme nur die Bedeutung zu, den bereits vorher erworbenen Besitz deklarativ zum Ausdruck zu bringen (SZ 59/50 = Jbl 1986, 644).

Sieht sich eine Gemeinde aber gezwungen, ein bereits erworbenes Wegerecht durch Gerichtsurteil feststellen zu lassen, so ist für die dazu erforderliche Klagsführung ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss notwendig.

Mag. Michael Neuner

55.

Wann ist eine Berufung rechtzeitig?

Durch die AVG-Novelle 1998 wurde § 13 Abs. 5 AVG geändert. Der letzte Satz dieser Bestimmung lautet nunmehr: „Mit Telefax, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise eingebrachte Anbringen, die außerhalb der Amtsstunden bei der Behörde einlangen, gelten erst mit dem Wiederbeginn der Amtsstunden als bei ihr eingelangt.“ Sinn dieser Regelung sollte es sein, die Möglichkeit zu unterbinden, Anzeigen, die fristgebunden sind, während einer Zeit einzubringen, in der die Behörde handlungsunfähig ist. Dies gilt insbesondere für die Anzeigen nach dem Versammlungsgesetz. Ein Nebeneffekt dieser Regelung war aber, dass die Frage nach der rechtzeitigen Einbringung von Berufungen aktuell geworden ist.

In der Verwaltung wurde die Neuregelung des § 13 Abs. 5 AVG im Hinblick auf Berufungen so verstanden: Eine Berufung, die mit Telefax oder in einer anderen „technisch möglichen Weise“ also nicht in traditioneller Schriftform eingebracht worden ist, kann nur dann als rechtzeitig gelten, wenn sie innerhalb offener Frist während der Amtsstunden bei der Behörde eingelangt ist. Also wurden Berufungen, die zwar am letzten Tag der Frist in einer anderen Form als in traditioneller Schriftform an die Behörde abgesendet worden sind, bei dieser aber nach Ende der Amtsstunden eingelangt sind, dann als verspätet angesehen, wenn die Amtsstunden erst nach Ablauf der Berufungsfrist wieder begonnen haben. In diesem Sinn sind auch die Rechtsmittelbelehrungen gestaltet worden. Der Verwaltungsgerichtshof hat sich dieser Ansicht angeschlossen.

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 26. Juni 2000, B 460/2000-7, hat jedoch eine andere Ansicht vertreten. Der Gerichtshof hat mit diesem Erkenntnis einen Bescheid des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien, mit dem eine am letzten Tag der Berufungsfrist nach Ende der Amtsstunden mittels Telefax eingebrachte Berufung gegen ein Straferkenntnis der Bundespolizeidirektion Wien als verspätet zurückgewiesen worden war, aufgehoben. Der Gerichtshof hat in seiner Begründung folgendes ausgeführt: „Entgegen der Ansicht des UVS verwendet der Gesetzgeber die Begriffe „einbringen“ und „einlangen“ im AVG keineswegs undifferenziert und ordnet ihnen sehr wohl einen unterschiedlichen Begriffsinhalt zu.

Gemäß § 63 Abs. 5 AVG ist die Berufung von der Partei binnen zwei Wochen bei der Behörde „einzubringen“, die den Bescheid in I. Instanz erlassen hat. Gemäß § 13 Abs. 2 AVG sind Rechtsmittel und Anbringen, die an eine Frist gebunden sind oder durch die der Lauf einer Frist bestimmt wird, schriftlich einzubringen. Gemäß § 13 Abs. 1 letzter Satz AVG können schriftliche Anbringen nach Maßgabe der vorhandenen technischen Möglichkeiten unter anderem auch mit Telefax eingebracht werden. Da die „Einbringung“ der Berufung bis zum Ablauf des letzten Tages der Berufungsfrist (24.00 Uhr) die Rechtsmittelfrist wahrt, ist eine bis zu diesem Zeitpunkt mit Telefax – durch „erfolgreiches Übersenden“ des Telefax – der Behörde übermittelte – schriftliche – Berufung rechtzeitig. In gleicher Weise genügt zur Wahrung der Rechtsmittelfrist – nach ständiger Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes – die Übergabe eines schriftlichen Rechtsmittels an die Post zur Beförderung vor Ablauf des letzten Tages der Frist.

Gesondert von dem – für die Frage der Wahrung der prozessualen Fristen des § 63 Abs. 5 AVG entscheidenden – Zeitpunkt des „Einbringens“ der Berufung ist jedoch der Zeitpunkt des „Einlangens“ bei der Behörde zu beurteilen. Dieser Zeitpunkt hat ausschließlich Bedeutung für das Ende bzw. für den Beginn von Fristen, die auf das Einlangen eines Anbringens abstellen, jedoch keine Bedeutung für die Wahrung solcher Fristen wie jener des § 63 Abs. 5 AVG, bei denen es auf das „Einbringen“ ankommt.“

Durch dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes kann die bisherige – vom Verwaltungsgerichtshof gebilligte – Praxis bei der Beurteilung der Rechtzeitigkeit des Einlangens von Berufungen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Es wird daher in Zukunft eine Berufung, die per Telefax, mittels elektronischer Datenverarbeitung oder in einer anderen technisch möglichen Weise eingebracht worden ist, auch dann als rechtzeitig eingebracht anzusehen sein, wenn sie am letzten Tag der Berufungsfrist nach Ende der Amtsstunden abgesendet worden ist.

Für die Gemeinden ergeben sich daraus nicht nur für Berufungen, sondern grundsätzlich für alle Rechtsmittel und Anbringen folgende Konsequenzen:

Die Rechtzeitigkeit einer mit Telefax oder E-Mail bzw. in anderer technischer Weise eingebrachten Berufung ist entsprechend der Judikatur des Verfassungsge-

richtshofes zu beurteilen, auch wenn der bekämpfte Bescheid noch eine andere Rechtsmittelbelehrung enthalten hat. Die Berufung ist also rechtzeitig, wenn das Telefax oder E-Mail am letzten Tag der Berufungsfrist bis 24.00 Uhr einlangt.

Nur für Anbringen, bei denen der Gesetzgeber den Eintritt bestimmter Rechtsfolgen vom Einlangen des Anbringens bei der Behörde abhängig macht, gilt weiterhin, dass sie erst mit Wiederbeginn der Amtsstunden als

eingelangt gelten, wenn sie mit Telefax, mit E-Mail oder in einer anderen technischen Weise eingebracht werden und außerhalb der Amtsstunden bei der Behörde einlangen. Bei diesen in Rechtsvorschriften an das Einlangen eines Anbringens bei der Behörde geknüpften Rechtsfolgen handelt es sich vor allem um das Ingangsetzen einer behördlichen Entscheidungsfrist, wie z.B. im § 64 Abs. 1 und 3 AVG und im § 73 Abs. 3 AVG.

Dr. Karin Wielinger

57.

Zum Devolutionsantrag im Abgabenverfahren

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich in einem Erkenntnis vom 20. Dezember 1999, Zahl 97/17/0141, mit dem Falle eines Devolutionsantrages im Abgabenverfahren auseinandergesetzt.

Folgender Sachverhalt lag vor:

Mit Bescheid des Bürgermeisters der mitbeteiligten Gemeinde vom 6. Oktober 1994 wurden dem Beschwerdeführer Kanalgebühren in der Höhe von S 526.350,- (für 1994) vorgeschrieben. In einem Schreiben des Sohnes des Beschwerdeführers vom 4. November 1994 an die mitbeteiligte Gemeinde auf Briefpapier des vom Beschwerdeführer geführten Gasthofes wurden in der Mehrzahl („wir“) einige Punkte „festgehalten“ (Art der Abrechnung der Kanalgebühr nach Installation einer Messanlage, Erforderlichkeit eines eigenen Anschlusses für die „Milchkammer“). Es wird in dem Schreiben ersucht, den Standpunkt der Gemeinde mitzuteilen. In weiterer Folge wollte der Beschwerdeführer dieses Schreiben als eine ihm zuzurechnende Berufung gegen den Bescheid vom 6. Oktober 1994 gewertet wissen (diesbezüglich wurde ein Schriftverkehr geführt, im Zuge dessen mit Schreiben vom 19. Dezember 1995 der Rechtsvertreter des Beschwerdeführers dem Bürgermeister der mitbeteiligten Gemeinde mitteilte, dass das oben genannte Schreiben vom 4. November als Berufung des Beschwerdeführers zu werten sei). Da aber keine Berufungsentscheidung erging, erhob der Beschwerdeführer mit Eingabe vom 5. Juli 1996 einen Devolutionsantrag an den Gemeindevorstand der mitbeteiligten Gemeinde. Mit Bescheid vom 21. Jänner 1997 wies der Gemeindevorstand diesen Devolutionsantrag ab, da der Bescheid des Bürgermeisters vom 6. Oktober 1994 bereits in Rechtskraft erwachsen sei.

Der Beschwerdeführer erhob gegen diesen Bescheid Vorstellung. Mit dem angefochtenen Bescheid wies die

belangte Behörde die Vorstellung als unbegründet ab. Begründend führte die belangte Behörde aus, dass das Schreiben vom 4. November 1994 keine Berufung im Sinne des § 196 Tiroler Landesabgabenordnung dargestellt habe. Es enthalte nicht nur nicht die Formalvoraussetzungen einer Berufung, sondern es sei auch inhaltlich nicht im Ansatz erkennbar, dass die Vorschreibung vom 6. Oktober 1994 bekämpft werde. Eine Verpflichtung zur Erteilung eines Verbesserungsauftrages im Sinne des § 206 Tiroler Landesabgabenordnung sei somit nicht entstanden. Das Schreiben habe daher lediglich Informationscharakter gehabt und der Devolutionsantrag sei sohin zu Recht zurückgewiesen worden.

Der Verwaltungsgerichtshof hat erwogen:

Mit dem Bescheid vom 6. Oktober 1994 wurden dem Beschwerdeführer Kanalbenutzungsgebühren vorgeschrieben; der Bescheid ist demnach ein Abgabenbescheid, der in einem Verfahren nach der Tiroler Landesabgabenordnung, LGBL. Nr. 34/1984, in der im Beschwerdefall anzuwendenden Fassung, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 13/1994, ergangen ist.

Gemäß § 234 der Tiroler Landesabgabenordnung geht auf schriftliches Verlangen der Partei die Zuständigkeit zur Entscheidung an die Abgabenbehörde zweiter Instanz über, wenn ein Bescheid der Abgabenbehörde erster Instanz der Partei nicht innerhalb von sechs Monaten nach Einlangen des Anbringens zugestellt wird. Ein Devolutionsantrag von der Behörde zweiter Instanz an eine übergeordnete Behörde ist in der Tiroler Landesabgabenordnung nicht vorgesehen. Wie der Verwaltungsgerichtshof zur vergleichbaren Regelung des § 311 Abs. 2 BAO ausgesprochen hat, kommt ein Devolutionsantrag bei Säumnis der Behörde zweiter Instanz nicht in Betracht (vgl. z.B. das hg. Erkenntnis vom 13. Oktober 1993, Zl. 91/13/0058). Dies

gilt auch für das Verfahren nach der Tiroler Landesabgabenordnung.

Der Devolutionsantrag vom 5. Juli 1996 machte Säumigkeit in der Erledigung der angeblichen Berufung des Beschwerdeführers und somit Verletzung der Entscheidungspflicht durch die Berufungsbehörde (Behörde zweiter Instanz) geltend (ein Rechtsanspruch auf Erledigung einer Berufung durch Berufungsvorentscheidung der Behörde erster Instanz besteht nämlich nicht; Stoll, BAO Kommentar, Band 3, 2709f.).

Der Devolutionsantrag an den Gemeindevorstand wäre daher schon im Hinblick auf das Fehlen einer Grundlage für einen Devolutionsantrag bei Säumnis der Behörde zweiter Instanz in der Tiroler Landesabgabenordnung zurückzuweisen gewesen. Seine Zurückweisung durch den Gemeindevorstand der mitbeteiligten Gemeinde entsprach daher jedenfalls dem Gesetz. Auf die Frage, inwieweit das Schreiben vom 4. November 1994 als Berufung überhaupt und überdies als solche des Beschwerdeführers gewertet werden konnte, wäre bei dieser Rechtslage nicht mehr einzugehen gewesen. Es ist aber hinzuzufügen, dass dem Gemeindevorstand und

der belangten Behörde nicht entgegengetreten werden kann, wenn sie das Schreiben, das bloß Feststellungen enthielt, ohne sich in irgendeiner Weise auf einen Bescheid zu beziehen, nicht als Berufung gewertet haben, die die Verpflichtung zur Erteilung eines Verbesserungsauftrages nach § 206 Tiroler Landesabgabenordnung ausgelöst hat.

PS.: Die Gemeindeaufsicht vertritt unter Hinweis auf § 46 letzter Satz der Tiroler Gemeindeordnung 1966, LGBL. Nr. 4, die Meinung, dass im Falle der Säumnis des Gemeindevorstandes ein Devolutionsantrag an den Gemeinderat notwendig ist, um in der Folge Beschwerde an einen der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes bzw. Säumnisbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof erheben zu können. Nach dieser Gesetzesstelle (auf die der Verwaltungsgerichtshof nicht eingegangen ist!), übt die in den verfahrensgesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen oberbehördlichen Befugnisse in allen Fällen der Gemeinderat aus. In diesem Sinne hat der Verfassungsgerichtshof einen Devolutionsantrag an den Gemeinderat ausdrücklich anerkannt (s. VerfGH. Erk. vom 1. Dezember 1983, Zahl B 283/80-16).

58.

Werbeabgabengesetz 2000

Seit 1. Juni 2000 ist das Werbeabgabengesetz 2000, BGBl. Nr. 29/2000, in Kraft, welches die bisherigen Anzeigen- und Ankündigungsabgabenregelungen der Länder und Gemeinden ersetzt. Da auch das Land oder eine Gemeinde grundsätzlich als Abgabenschuldner in Betracht kommen könnte, wird um Beachtung der nachstehenden Ausführungen ersucht.

Steuergegenstand des Werbeabgabengesetzes ist die entgeltliche Erbringung von Werbeleistungen durch einen Werbeleister, wobei als „Werbeleister“ neben den Betreibern und Verlegern von Medien (Hörfunk, Fernsehen, Presse) auch Personen und Institutionen zu verstehen sind, die Flächen und Räume zur Verbreitung von Werbebotschaften zur Verfügung stellen („Vermieter“ von Plakatflächen, Transparenten, u. Ä.).

Als Steuertatbestände sind angeführt:

1. Veröffentlichung von Werbeeinschaltungen in Druckwerken im Sinne des Mediengesetzes wie
 - die Werbeeinschaltung im Druckwerk selbst,

- das Einheften von Werbebeilagen in Druckwerken,
 - das Aufkleben von Werbebeilagen auf dem Druckwerk,
 - jedwede andere Form der Beilage einer Werbung zum Druckwerk (Einlegen, gemeinsame Versendung, ...);
2. die Veröffentlichung von Werbeeinschaltungen im Hörfunk und Fernsehen;
 3. die Duldung der Benützung von Flächen und Räumen zur Verbreitung von Werbung.

Es handelt sich dabei um Werbeleistungen, die bestehen

 - in jeglicher Nutzung,
 - von Flächen und Räumen jeder Art.

Zu den „Flächen jeder Art“ zählen insbesondere Gebäudeflächen, Plakatständer, sonstige Textilflächen (Fahnen, Transparente, ...).

Unter „jegliche Nutzung“ fällt das Bekleben der Fläche, der Aufdruck auf der Fläche, das Montieren von Tafeln, die Projektion von Flächen sowie das Aufstellen von entsprechenden Geräten auf Flächen.

Nicht der Werbeabgabepflicht unterliegen:

- Veröffentlichungen aufgrund einer gesetzlichen oder behördlichen Verpflichtung,
- Veröffentlichungen in der höchstpersönlichen Sphäre (Geburts-, Hochzeits- und Todesanzeigen),
- Veröffentlichung von Informationen von gemeinnützig, mildtätig oder kirchlich tätigen Körperschaften.

Bemessungsgrundlage der Werbeabgabe ist das Netto-Entgelt der Werbeleistung, die Abgabe beträgt 5 % der Bemessungsgrundlage.

Abgabenschuldner ist grundsätzlich der Werbeleister, der Anspruch auf ein Entgelt für die Durchführung von Werbeleistungen im Sinne des Gesetzes hat.

Abt. Finanzen Zahl VII-2/313/10 vom 26.09.2000

59.

Verarbeitung von spezifiziertem Risikomaterial in Kompostier- oder Biogasanlagen

Am 30. Juni 2000 ist die Entscheidung der Kommission vom 29. Juni 2000 zur Regelung der Verwendung von bestimmtem Tiermaterial angesichts des Risikos der Übertragung von TSE-Erregern und zur Änderung der Entscheidung 94/474/EG (2000/418/EG) in Kraft getreten.

Im Anhang I 1. erfolgt eine Definition des spezifizierten Risikomaterials (z.B. Schädel einschließlich Gehirn und Augen, Tonsillen, Rückenmark und Ileum von über zwölf Monate alten Rindern etc.).

Gemäß Art. 3 Abs. 1 der Entscheidung der Kommission vom 29.6.2000 (2000/418/EG) haben die Mitgliedsstaaten sicherzustellen, dass spezifiziertes Risikomaterial ab dem 1. Oktober 2000 getrennt und unschädlich beseitigt wird. Nähere Regelungen dazu treffen die Zif. 2 bis 5 des Anhangs I der zitierten Entscheidung der Kommission.

In diesem Zusammenhang erfolgten Anfragen an die Abteilung Umweltschutz, ob dieses spezifizierte Risikomaterial (kurz: SRM) in Kompostier- oder Biogasanlagen zulässigerweise verwertet werden darf.

Eine solche Entsorgung ist nicht zulässig, wie auch die Abteilung Land- und Forstwirtschaftsrecht in ihrem Schreiben vom 23. Oktober 2000, Zl. IIIa2-5002/91, festhält. In dem zitierten Schreiben der Abteilung Land- und Forstwirtschaftsrecht heißt es in diesem Zusammenhang noch wie folgt:

„...Die Tiroler Tierkörperentsorgung Gesellschaft m.b.H. hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden bzw. mit den gewerblichen Betrieben, in denen ablieferungspflichtiges Material anfällt, ein Sammelsystem (Kühlcontainer) aufgebaut. Die Container werden regelmäßig von Vertragsfirmen geleert und das ablieferungspflichtige Material – nunmehr getrennt – an die Fa. Saria in Tulln (Tierkörper-Verwertungsanstalt) nach Umladung geliefert. Die weitere Verarbeitung bzw. Entsorgung (Verbrennung) obliegt der Fa. Saria.

Anfallende entsorgungspflichtige tierische Abfälle und spezifiziertes Risikomaterial können sohin – wie bisher – an den Sammelstellen gegen Kostenbeitrag zur Entsorgung abgegeben werden.“

Abt. Umweltschutz Zahl U-3436/526 vom 25.10.2000

60.

Förderung von Städtepartnerschaften 2001: Kommission veröffentlicht Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen

Die Europäische Kommission hat im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften C 320 vom 9. November 2000 den mit Spannung erwarteten Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung von Städtepartnerschaften 2001 veröffentlicht. Danach erfolgt die Förderung von Austauschprogrammen zwischen Bürgern aus verschwierten Städten, thematischen Konferenzen und

Ausbildungsseminaren – wie bereits angekündigt – ab 2001 nicht mehr über eine das ganze Jahr offene Antragsmöglichkeit, sondern unterteilt in drei Tranchen mit festen Antragsfristen, die unbedingt eingehalten werden müssen. Der voraussichtliche maximale Zuschussbetrag beträgt 50.000 Euro, der Mindestzuschussbetrag 1.000 Euro pro Projekt.

Die nun veröffentlichte Aufforderung richtet sich an Städte und Kommunen sowie an Gebietskörperschaften und lokale Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der mittel- und osteuropäischen Länder, Zyperns, Maltas, der baltischen Staaten und der Türkei. Dabei gelten für die beiden Aktionsarten folgende Zulassungskriterien: Bei den Austauschprogrammen zwischen Bürgern aus den verschwisterten Städten müssen die Anträge von der kommunalen Verwaltung oder dem Präsidenten des Städtepartnerschaftskomitees der gastgebenden Stadt eingereicht werden. Die Anträge müssen ein ausführliches Programm für den Austausch zwischen Bürgern mit qualitativ hochwertigem europäischen Inhalt enthalten und sich in den Rahmen bestehender oder einzugehender Städtepartnerschaften einfügen. Im Falle eines Erstantrags muss das Bestehen und die Vorbereitung einer Städtepartnerschaft belegt werden. Bei den thematischen Konferenzen und Ausbildungsseminaren muss ein Programm vorgeschlagen werden, das den Dialog und den Erfahrungsaustausch zwischen Partnerstädten und Gemeinden intensiviert, wobei klare Ziele, Publikum, behandelte Themen, erhoffte Ergebnisse und das verwendete Verfahren anzugeben sind.

Für 2001 erfolgt die Förderung von Städtepartnerschaftsveranstaltungen nunmehr in drei Tranchen, wobei folgende feste Antragsfristen gelten:

- **erste Tranche: Aktionen zwischen dem 1. Februar 2001 und dem 30. April 2001.** Hier ist die Antragsfrist der 22. Dezember 2000;
- **zweite Tranche: Aktionen zwischen dem 1. Mai 2001 und dem 30. September 2001.** Hier ist die Antragsfrist der 9. März 2001;
- **dritte Tranche: Aktionen zwischen dem 1. Oktober 2001 und dem 31. Dezember 2001.** Hier ist die Antragsfrist der 10. August 2001.

Zum Auswahlverfahren werden nur Anträge zugelassen, die fristgerecht eingereicht werden und u.a. einen ausgewogenen Kostenvoranschlag (Ausgaben/Einnahmen) und eine Erklärung über die Kofinanzierung von mindestens 50% der Projektkosten durch die Veranstalter enthalten. Nicht zuschussfähig sind u.a. Austauschprogramme mit ausschließlich touristischem oder folkloristischem Inhalt und Vergnügungsreisen, sowie Austauschprogramme, die sportlichen Veranstaltungen gewidmet sind, wenn sie auf Wettbewerbe beschränkt und ohne pädagogischen Inhalts sind.

Allen Antragstellern wird empfohlen, sich den Text der Ausschreibung genau durchzulesen – Adresse im Internet: http://europa.eu.int/comm/dg10/towntwin/index_de.html – und den Förderantrag gut vorzubereiten, da auch 2001 mit einer Vielzahl von Anträgen gerechnet wird und sich alle Antragsteller im Wettbewerb zueinander befinden. Die Antragsformulare können ebenfalls im Internet abgerufen oder bei der Europäischen Kommission, GD Bildung und Kultur, Referat „Dialog mit dem Bürger – Städtepartnerschaften“, Rue de la Loi 200, VM-2 4/35, B – 1049 Brüssel, E-Mail: Towntwinning@cec.eu.int angefordert werden (Gl).

Verkauf von zwei Tauchmotorpumpen für Trinkwasserversorgung

Die Gemeinde Terfens verkauft zwei Tauchmotorpumpen für Trinkwasserversorgung:

1. Tauchmotorpumpe 61 TL, 12 HF 752/S, Fördermenge 20 m³, Förderhöhe 132 m
2. Tauchmotorpumpe 80 TV, 7 HF 1102/S, Fördermenge 24 m³, Förderhöhe 108 m

Nähere Informationen erhalten Sie unter der Tel.-Nr. 05224/68315-23.

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR SEPTEMBER 2000**
(vorläufiges Ergebnis)

	August 2000 (endgültig)	September 2000 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	105,5	105,8
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	138,0	138,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	214,5	215,1
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	376,3	377,4
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	479,5	480,9
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	481,0	482,3

Der Index der Verbraucherpreise 1996 (Basis: Durchschnitt 1996 = 100) für den Kalendermonat September 2000 beträgt 105,8 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber August 2000 (105,5 endgültige Zahl) um 0,3% gestiegen (August 2000 gegenüber Juli 2000: 0,0%). Die Steigerungsrate gegenüber September 1999 beträgt 3,0% (August 2000/1999: + 2,7%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck